

**Announce-**  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmsstr. 17  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 521.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 28. Juli.

Zwanzig Pf. die sechsgeschichtete Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

**Amtliches.**

Berlin, 27. Juli. Der König hat geruht: dem Rechtskonsulenten der königlichen Hofämter, Hof-Rathskammer Fleischammer, den Rang der Rätie vierter Klasse beizulegen; sowie in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Dörf getroffenen Wahl den Fabrikanten Karl Lüters dasselbst als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Dörf für die gesetzliche Amtsduer von sechs Jahren zu bestätigen.

**Politische Uebersicht.**

Posen, den 28. Juli.

Nach Allem, was bisher über die Aufgaben der Finanzminister-Konferenz in Coburg, die heut, am 28. d. M., beginnt, verlautete, ist anzunehmen, daß sich das Programm derselben in wesentlich bescheideneren Grenzen halten wird, als nach der ersten überraschenden Meldung anzunehmen war. Offiziöse Stimmen versichern, daß von einer Wiederaufnahme des Tabakmonopolprojektes nicht die Rede sei, nachdem der Reichstag sich in der letzten Session anlässlich der Interpellation Richter gegen dasselbe ausgesprochen habe. Es ist freilich aus diesem Entfleit der Beruhigung nicht recht erschlich, ob die „schuldige Ehrerbietung vor dem Votum der Volksvertretung“, um mit dem höflichen Herrn v. Puttkamer zu reden, auch das Rothabaksmonopol in sich begreift, oder ob es der leitende Staatsmann nicht für angemessen findet, den Willen des Reichstags dahin zu interpretiren, daß nur das Fabrikatmonopol auf einen unabzwinglichen Widerstand stoße. Der Reichskanzler hat dem ersten neuerdings größere Sympathien entgegengebracht, nachdem es ihm von dienstbefreiten Steuerfanatikern wegen der Erfahrung Hunderten von Millionen an Entschädigungen für die Privattabakindustrie in den blendendsten Farben geschildert worden. Man wird hiernach nicht allzu erstaunt sein, wenn die sommerlichen Studien unsrer freiwillig gouvernementalen Kollegen sich demnächst mit Energie auf die Etablierung einer Reichs-Zentral-Tabakskaufsstelle für Rohmaterial werfen.

Daß die Erträge einer solchen Einnahmequelle, die siets hinter denjenigen aus dem Fabrikatmonopol wesentlich zurückbleiben müssen, nicht hinreichen, um die umwälzenden Steuerreformprojekte des Fürsten Bismarck aus dem Nebel der Theorie in die Praxis hinaüberzuleiten, leuchtet sofort ein. Und da diejenige rettende Maßregel, welcher die Liberalen zuzustimmen geneigt wären, ja welche sie selber oft genug gefordert haben, nämlich die Erhöhung der Branntweinsteuer, nicht im Plane liegt, so gehört wenig Prophezeiung dazu, um aus den Konferenzen der deutschen Finanzminister eine völlig schablonenhafte Wiederholung der ziel- und planlosen Einzelentwürfe hervorgehen zu sehen, die der Reichstag in seiner abgelaufenen Session mit größtem Gleichmuth zu Grabe getragen hat.

Man wird sich im Frühjahr 1881 einer „verbesserten“ Börsesteuer, einer „verbesserten“ Braumalzsteuer, vielleicht auch dem Plane eines Rothabaksmonopols und (möglich ist ja Alles) der ungeheuerlichen Idee einer Verstaatlichung des Versicherungswesens gegenüber befinden, aber man wird nach wie vor eines umfassenden Planes entbehren, das für das Reich wie für die Einzelstaaten wenigstens die Aussicht auf ein Ende dieses verwirrenden Umherirrens in der Wüste der Proselytenmacherei eröffnete.

Daß man auch in den Einzelstaaten nicht geneigt ist, auf die versprochenen Überschüsse aus den Reichskassen große Hoffnungen zu setzen oder die Steuergedanken des Fürsten Bismarck als die allein seligmachenden anzuerkennen, das zeigt das Beispiel Bayerns, wo man soeben daran ist, ganz im Gegensatz zu dem reichskanzlerischen Ideal des Systems der indirekten Steuern die direkte Einkommensteuer neu einzuführen.

An Stelle des zum Präsidenten der Seehandlung ernannten Geh. Oberfinanzrathes Rötger ist der Geheimen Finanzrath Schulze mit dem Etatswesen im Finanzministerium betraut worden. Diesem Beamten fällt hauptsächlich die Aufgabe zu, bei der Berathung des Etats im Abgeordnetenhaus bei allgemeinen Finanzfragen die nötige Auskunft zu ertheilen, resp. die Etatsanschläge zu vertheidigen. Der Vorgänger des Herrn Rötger war der jetzige Reichsschatzsekretär Scholz. Herr Rötger selbst fungierte nur eine Session in diesem Amte.

Wie neuerdings verlautet, soll die ehemalige Wohnung des Reichskanzlers nebst dem daran stehenden Deckerschen Grundstück einem Neubau Platz machen, der dazu bestimmt ist, das Reichsschatzamt, sowie die Bureaus für andere Zweige der Verwaltung der Reichsregierung aufzunehmen. An allerhöchster Stelle wird noch immer an dem ersten Projekt festgehalten, das Reichstagsgebäude auf dem Königsplatz zu errichten.

Die Zeitschrift des bernier Juristenvereins theilt das Programm der in Bern vom 24. bis 27. August unter dem Präsidium des Völkerrechtslehrers Sir Robert Phillimore stattfindenden Versammlung der „Internationalen Gesell-

schaft für Reform und Kodifikation des Völkerrechts“ mit. Die Sitzungen finden in dem vom Bundesrat zur Verfügung gestellten Nationalrathssaale statt. Bundespräsident Welti hat sich bereit erklärt, die Gäste zu empfangen, und die Professoren König und Hiltschi werden sie Namens des schweizerischen Juristenvereins begrüßen. Zur Verhandlung sind vorläufig folgende Fragen bestimmt, die aber noch vermehrt werden können: I. Internationales öffentliches Recht; Konsularjurisdiktion im Orient; die gerichtlichen Einrichtungen des ottomanischen Staates mit Rücksicht auf Angehörige fremder Staaten; über die Anwendung der Gesetze des Niederlassungsortes mit Rücksicht auf lezte Willensverordnungen und Ehrerecht; Territoriale Rechte von Urbewohnern; Internationaler Schutz unterseeischer Telegraphenleitungen. II. Internationales Handelsrecht; Wechsel; Handelspapiere; Konkurs; Autorrecht; Kodifikation des Handelsrechtes. III. Internationales Seerecht; Große Havarie; Seever sicherung; Befrachtungsvertrag.

Der Anfangs dieses Jahres zwischen Großbritannien und Serbien abgeschlossene Handelsvertrag hat, wie die „Magd. Btg.“ schreibt, für Deutschland insofern ein großes Interesse, weil in Folge der Meistbegünstigungsklausel dasselbe auch die Anwendung der Bestimmungen im Verkehr mit Serbien zu fordern berechtigt ist. So soll bei der Einfuhr nach Serbien ein 8 p.C. nicht übersteigender Werthzoll erhoben werden: von Metallen, Metallwaren aller Arten, Schneidewerkzeugen, Maschinen und Maschinenbestandtheilen, Garnen zum Weben und Nähen, Geweben aller Art, Töpferwaren und Porzellan, destillirten, raffinierten mineralischen Oelen. Alle anderen Waren sollen bei der Einfuhr nach Serbien nach der Wahl des Einführenden entweder die Sonderzölle des serbischen allgemeinen oder konventionellen Zolltarifs oder einen Werthzoll von 10 p.C. entrichten. Auch die Nebengebühren, wie Wagegeld, Niederlagengebühren u. s. w., desgl. das Verfahren bei Werthverzollungen kommen in Betracht. Da der serbische Zolltarif vorwiegend spezifische Zollsätze nach Stückzahl, Gewicht u. s. w. enthält, so ist den Betheiligten im deutschen Reiche, welche nach Serbien Waaren auszuführen die Absicht haben, eine sorgfältige Vergleichung der Bestimmungen des bestehenden Zolltarifs mit den, sich nach dem erwähnten Vertrage gestaltenden Säcken behufs Feststellung der zu beantragenden Verzollungsweise sehr zu empfehlen.

Der Held der Intransigenten von Paris ist Henri Rochefort. In seinem Leiborgan setzt er den Kampf gegen die Regierung mit einer Heftigkeit und Annahme fort, welche von keinem anderen Blatte übertroffen wird. Besonders richtet er gegen den Polizeipräfekten Andrieux das ganze Gift seiner Feder, dem er die Ausweisung auswärtiger Sozialisten aus Frankreich als Kapitalverbrechen anrechnet. Sein „Intransigent“ wird in Folge dessen in massenhaften Exemplaren abgesetzt, er selbst überall, wo er sich läßt, von seinen Anhängern in überchwänglicher Weise gefeiert. Den bündigsten Beweis dafür liefert der ihm zu Ehren am 24. d. von den Studenten veranstaltete Ehrenpunsch, der zu einer großen sozialistischen Demonstration ausartete. Auch in Belleville war Rochefort vorgestern der Held einer Tafelrunde, die zu Ehren der Amnestierten gegeben wurde, und wobei er auf die Vereinigung aller Arbeiter zu einem geschlossenen Kampfe gegen die Bourgeoisie und auf die Vereinigung der Sozialisten bei den nächsten Wahlen einen feurigen Toast ausbrachte. Die Regierung hat sich trotzdem noch nicht zu einem Einschreiten gegen die sozialistische Propaganda veranlaßt gefühlt. Sie überwacht alle Aeußerungen der Volksleidenschaft sorgsam, glaubt aber im Bewußtsein ihrer Stärke, daß sie die Dinge einstweilen noch könne gewähren lassen. Sie weiß, daß sie in dem Gros der Bevölkerung, namentlich in den Departements, die nachhaltigste Unterstützung findet, daß sie daher ruhig der Entwicklung der Dinge zuschauen kann. Gewissermaßen als eine Antwort auf den Rochefort'schen Toast in Belleville erörtert denn auch die „République française“ die Frage, ob sich in Hinblick auf die sozialistische Agitation eine Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts empfiehlt. Sie beantwortet dieselbe mit einem einfachen Nein. „Das Land ist es selbst“, so führt sie u. A. aus, „welches Alles, was wir sehen, gemacht hat, und nicht ohne ernste Beweggründe haben wir zu dem allgemeinen Stimmrecht Vertrauen. Das Vertrauen, welches wir heute auf die Zukunft Frankreichs haben, verdanken wir dem allgemeinen Stimmrecht. Unsere Demokratie ist sehr einsichtig und voll guten Willens. Sie liebt die Gerechtigkeit, aber sie hat auch ein Bedürfnis zu wissen, was man will, wohin man strebt.“

Gladstone darf sich Glück wünschen. Die irische Pächterbill, welche ihn im Laufe der letzten Wochen so viele sorgenvolle Stunden bereitet hat und deren Verwerfung vor wenigen Tagen von schlimmen Parlamentsauguren prognostizirt wurde, ist am 26. in dritter Lesung vom Unterhause nach siebenstündiger Debatte mit 66 Stimmen Mehrheit angenommen worden. Das Oberhaus, von dem ganz sicher geglaubt wurde, es werde die Bill sofort zum Fall bringen, hat dieselbe an dem

selben Tage in zweiter Lesung angenommen. Man erwartete, daß Lord Beaconsfield als Führer der Opposition das Wort nehmen werde. Der Telegraph schweigt darüber, ob der Expremier an der Sitzung teilgenommen hat. Wie verlautet, soll Lord Beaconsfield seinen Parteigenossen empfohlen haben, von der Verwerfung der Bill abzustehen, sie jedoch in der Einzelberathung so zu amendieren, daß das Unterhaus ihr nicht zustimmen könne, um so die Verantwortlichkeit für die Verwerfung auf das letztere abzuwälzen. Die angenommene Bill spricht dem irischen Pächter ein beschranktes Eigentumsrecht an seinem Pachthof zu. Er darf nicht mehr wie bisher durch den Gutsherrn ohne Kündigung und gerichtliches Verfahren ermittelt werden, wenn er seine Pacht nicht zahlt oder mit dem Zins im Rückstande bleibt. Die Exmission kann nur auf Grund grundschaftsgerichtlichen Spruches erfolgen und dann nur gegen eine amtlich festzustellende Entschädigung für sein durch Arbeit und Kapital im Grund und Boden zurückgelassenes Eigentum. Angemessene Anträge auf Fortsetzung des Pachtverhältnisses darf der Gutsherr nicht ohne Weiteres zurückweisen; er muß sich mit dem Pächter über eine entsprechende Abfindungssumme, „billiges Aequivalent“, verständigen. Diese Rechte sollen den kleinen Pächtern zu gute kommen, nämlich solchen, deren Pachtzins nicht über 30 Pf. Sterl. beträgt.

Über die Lösung der afghanischen Frage durch die Ernennung Abdur Rahman Khan's zum Emir hat sich am 26. der Staatssekretär für Indien in keineswegs zuversichtlicher Weise geäußert. Lord Hartington erklärte in Erwiderung einer Anfrage Arnolds: Abdur Rahman sei mit Zustimmung der englischen Regierung zum Emir von Kabul proklamiert worden, er hoffe, die englischen Truppen würden sich bald aus Kabul zurückziehen und Abdur Rahman die Stadt Kabul, sowie die Regierung der Stadt und des ganzen Landes übergeben können. Die englischen Truppen würden sich zunächst in die Positionen zurückziehen, die eines Theils mit Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse der Truppen und die Möglichkeit, den Fortgang der Ereignisse eine Zeitlang zu überwachen, anderen Theils mit Rücksicht auf den den britenfreundlichen Häuptlingen und Stämmen zu gewährenden Schutz gewählt worden seien; er hoffe, daß die Truppen im Herbst, wenn dies ohne Nachteil für ihre Gesundheit möglich sei, durch die Pässe würden nach Indien zurückkehren können. Er wünsche nicht, daß Haus zu dem Glauben zu veranlassen, daß er von dem getroffenen Arrangement allzu vertrauensvoll spreche. Die Unwissheit der politischen Lage in Afghanistan sei eine so große, daß es nicht möglich sei, anzunehmen, es könne jeder Grund zur Sorge schon vorüber sein, der Rückzug der englischen Truppen aus Kabul hänge nicht allein und ausschließlich von dem Verhalten Abdur Rahmans oder des afghanischen Volkes ab. General Stewart sei aber stark genug, einer jeden sich bildenden Kombination zu begegnen. Mit Abdur Rahman sei keinerlei formelles Engagement bisher getroffen worden; derselbe sei einfach als Emir von Afghanistan anerkannt und ihm diejenige Unterstützung angeboten worden, welche erforderlich werden könnte, um seine Position herzustellen. Abdur Rahman sei informiert worden, daß zur Zeit Unterhandlungen über Kandahar und die im Vertrage von Gundamuk festgesetzte Grenze nicht eingeleitet werden könnten; derselbe sei ferner verständigt worden, daß Afghanistan nicht in der Sphäre fremder Einmischung liege, außer England keine andere fremde Macht mit ihm Beziehungen haben könne, und daß, wenn er sich dem Rathe der britischen Regierung füge und sich von derselben leiten lasse, die letztere bereit sei, ihm im Falle eines unprovokirten Angriffs beizustehen. England beansprucht keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, auch sei die Zulassung eines britischen Residenten in Kabul gegenwärtig nicht gefordert worden; man werde nur einen mohamedanischen Gesandten nach Kabul senden. Ob es später zu dem Abschluß eines regulären Vertrages komme, hänge hauptsächlich von dem Verhalten Abdur Rahmans, von seinem Wunsche, mit England in Freundschaft zu leben, und von seiner Neigung, sich von demselben leiten zu lassen, vor Allem aber von seiner Geneigtheit ab, die England freundlich gesinnten Häuptlinge und Stämme mit Billigkeit und Freundschaft zu behandeln. Auf bezügliche weitere Anfragen erklärte Lord Hartington noch, die beabsichtigte Afghanistan zeitweilig zu gewährrende Hilfe sei eine rein pekuniäre; außerdem würden dem Emir einige Kanonen zurückgegeben werden. Wie aus Amsterdam gemeldet wird, hat der holländische Minister des Äußern an die niederländischen Handelskammern ein Rundschreiben ergehen lassen, welches sie auffordert, einem Zirkular keine Folge zu geben, das im Mai d. J. der holländische Konsul in Brüssel an sie gerichtet hat und das um Auskunft ersucht über die Stimmung in Betreff einer Zollvereinigung zwischen Belgien und Holland. Der

Konsul habe, wird hinzugefügt, mit jenem Ersuchen seine Kompetenz überschritten.

Zur Lage in Konstantinopel lässt sich die wiener hochfürstliche "Montagsrevue" wie folgt vernehmen:

Es mag sein, daß die Sorge, die freiwillige Selbsterklärung, welche die Kollektionste der Türkei zumutet, werde eine gefährliche Bewegung in der mohamedanischen Bevölkerung der Hauptstadt hervorrufen, nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklungen des Palais geblieben ist. Seit der blutigen Katastrophe, die über das Leben des Sultans Ali hereingebrochen ist, die Angst vor einer revolutionären Bewegung zu einem politischen Faktor in Konstantinopel geworden. Man wird sich den Anschein geben wollen, gezwungen worden zu sein. Allein dazu wäre die Flottendemonstration völlig ausreichend. Die Politik, der Zögernungen der künftlich herbeigeführten Intermezzos und der illusionalen Hemmungen war für die Pforte noch niemals eine vortheilhafte. Hätte sie die direkten Verhandlungen mit Griechenland zu einem einigermaßen befriedigenden und dem Geiste des Berliner Friedens entsprechenden Ergebnis geführt, so wäre sie sicherlich weit billigeren Kaufes davongekommen. Griechenland wäre einfach ganz ebenso zur Annahme dieses Resultates gezwungen worden, wie sich jetzt die Zwangsmäßregeln gegen die Pforte richten. Dass letzteres die Zeit unbemerk verstrechen ließ, in welcher die Criftanz des Ministeriums Beaconsfield als ein konservativer Faktor mehr wog in der Wagschale der europäischen Entscheidungen, war vielleicht der verhängnisvollste Fehler, der jemals in Konstantinopel begangen wurde.

Jetzt tritt nun eine Forderung an die Pforte heran: die der Unterwerfung. Der Zeitpunkt, in welchen sie diese verlegen will, steht noch in ihrer Wahl, die Thatsach selbst nicht mehr. Sie kann Europa noch manche Verlegenheit bereiten, der diplomatischen Arbeit mehr als eine recht unbedeckte Aufgabe stellen und es begreift sich, daß dies Gefühl der Spannungsfreude und der Rastlosigkeit für einen Theil der Räthegeber des Sultans etwas Verlust ades hat. Allein den großen Gang der Ereignisse wird es nicht hemmen, und daß der erste Ausgang der Dinge nicht dem Non possumus des Pfortenstandpunktes entsprechen wird, darf heute schon mit aller Bestimmtheit behauptet werden.

Die "Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Note, welche Abbeddin Pascha am 15. d. an die Vertreter der Türkei im Auslande richtete und worin er dieselben anwies, die Klagen der Pforte über die erneuten Verfolgungen der Muselmänner in Bulgarien und Ostrumelien zur Kenntnis der Mächte zu bringen. Die Note führt an, daß 23 theils in Bulgarien, theils in Ostrumelien gelegene Ortschaften von Bulgaren überfallen, geplündert und niedergebrannt worden sind; daß ferner von 80 gefangenen Mohamedanern vier auf Befehl eines bulgarischen Priesters gehängt und von den übrigen ein Theil auf dem Wege nach Varna ermordet wurde. An diesen Gewaltthaten beteiligten sich bulgarische Bauern, Mitglieder der Turnvereine, Milizen und ostromelische Gendarmen. Als Vorwand wurde wie gewöhnlich das Gerücht von einem Aufstande der Mohamedaner verbreitet. Wenige Tage vor dem Ueberfalle in Vellova habe der Präfekt von Aidos öffentlich erklärt, daß die Muselmänner von den Bulgaren ausgerottet werden müssten. Das Territorium, wo diese Gewaltthaten stattfanden, hat eine Ausdehnung von acht Stunden Länge und drei Stunden Breite. Um nun diesen fortwährenden Verfolgungen der Mohamedaner ein Ziel zu setzen, beantragt Abbedin in der Note die Entwaffnung der bulgarischen Bevölkerung und fordert die Mächte auf, hierüber durch ihre Konsuln in Sofia eine Untersuchung an Ort und Stelle vornehmen zu lassen. In einem der Note beigeschlossenen Communiqué werden die in neuester Zeit von den Bulgaren an Mohamedanern begangenen Grausamkeiten und Gewaltthaten aufgezählt. So hat z. B. der Präfekt der Provadi zehn Mohamedaner aus Piradsche unter dem Vorwande, daß sie vagabonden seien, verhaftet, vier derselben alsbald in einem nahen Walde töteten und ihre Leichen in Eisternen werfen lassen. Ein mohamedanischer Bewohner von Savo, Nösse Hussein Oglu, wurde von Bulgaren ermordet und der Leiche der Kopf abgeschnitten, ohne daß die Mörder von der bulgarischen Behörde verfolgt worden wären. Auch in Rustschuk wurden die Mohamedaner von dem bulgarischen Pöbel und den Gendarmen arg geplagt. Bei den Wahlen wurden die Mohamedaner gezwungen, ihre Stimmen für die bulgarischen Kandidaten abzugeben. In Sofia ließ die Regierung von 2000 mohamedanischen Häusern 1500 niederreißen und den Eigenthümern nur eine ganz geringe Entschädigung geben. Die stehengebliebenen mohamedanischen Häuser wurden von bulgarischen Offizieren und Beamten mit Beschlag belegt. Die Mohamedaner gehörigen Kaufläden, Bäder, Khans u. dgl. in Sofia wurden an fremde Personen vermietet und auf dem Lande die Meierhöfe mohamedanischer Besitzer und Pächter geplündert und zerstört.

In der "A. A. Z." berichtet eine Korrespondenz aus Konstantinopel: "Das Fetwa zur Hinrichtung des Sultans Murad lautet wie folgt: „Ist es gestattet, daß Seid, der Vorgänger des regierenden Emirs der Gläubigen, am Leben verbleibe? Um Antwort wird ersucht.“ — „Nein. Es schreibt der arme Chalid.“ Chalid Efendi, welcher den Osmani-Ordens zweiter Klasse erhalten, ist jedoch nur Radiasker von Anatolien, und es wird daher zur Bekräftigung des Fetwa einer der früher nach Kleinasien verbannten Scheit-ül-Islams in der Hauptstadt erwartet."

Das "Journal de Saint Petersburg" erörtert die Aussichten, welche sich der Pforte bei fortgesetztem Widerstand an den gegen den Willen Europas etwa bieten möchten, gelangt aber dabei zu einem für die türkischen Staatsleiter sehr ungünstigen Resultate.

Die Regierungen haben die Lösung der griechischen und der montenegrinischen Frage in die Hand genommen. Wir wissen nicht, ob es genau ist, daß, wenn die Antwort der Pforte auf die erste dieser Fragen einheitlich ausfällt, die mit Bezug auf die zweite projektierten Previsionsmaßregeln auf jene ebenfalls Anwendung finden. Was uns vollkommen statthaft erscheint, ist die Annahme, daß die Antwort, deren Inhalt telegraphisch fixiert worden, nicht das letzte Wort der Pforte sein kann. Alle Korrespondenzen versichern übereinstimmend, daß man in Konstantinopel auf die Zweitacht der Mächte spekuliert. In dem Maße, wie diese Spekulation hinfällig wird, steht zu hoffen, daß eine andere Sprache Platz greift und daß die lächerlichen Vorschläge durch Erwägungen abgelöst werden, die der reellen Situation des osmanischen Reiches konform sind. Die türkischen Staatsmänner werden dann endlich erkennen, daß die öffentliche Meinung Europas bei Kleinem — und das schon in ziemlich erheblichem Maße — sich an den Gedanken von Lösungen gewöhnt, welche keineswegs ihre (der Pforte) absolute Zustimmung bedingen."

In der Verurtheilung einer Fortsetzung des bisherigen Verschleppungssystems der Pforte herrscht übrigens in den tonangebenden Organen der abendländischen Presse eine seltene Übereinstimmung.

Vom Schauspiel des albanisch-montenegrinischen Guerillakrieges liegen die widersprechendsten Nachrichten vor. Die "Agence Havas" meldet:

„Die Montenegriner griffen die Albaner bei Germanica an, tödten 32 Mann und schlepten zahlreiches Vieh fort. Fürst Nisza befahl die Rückgabe des Viehs an, weiter die Aushebung von Männern vom sechzehnten bis zum sechzigsten Lebensjahr.“

Dagegen sendet Hodo Bey aus dem Lager von Tuši folgende Meldung an den Liga-Ausschuß:

Mehrere Hundert Montenegriner raubten heute früh auf unserem Gebiete bei Cemericia Vieh und Frucht und brachten den Raub in ihr Lager. Ich befahl, denselben die Beute wieder abzunehmen. Die Potti, Grudi und Clementi griffen die Montenegriner an, welche von Vrbica und Podgorica durch größere Abtheilungen unterstützt wurden. Seit zwei Stunden dauert das Gefecht.“

Ein zweites Telegramm meldet:

Die Montenegriner wurden nach dreistündigem Kampfe geschlagen; dieselben retirirten in ihr Lager. Unser Gesamtverlust beträgt 44 Mann.“

Die griechischen Bewohner Ost-Rumeliens haben dem Konsularkorps in Philippopol soeben eine Petition überreicht. Die Unterzeichner verselben sind durchweg respectable Korporationen und Persönlichkeiten. Die Petition hat offenbar den Zweck, dem gegenwärtig das Land bereisenden englischen Kommissar Oberst Wilson Material für die von ihm veranstaltete Enquête zu liefern. Sie ist unterzeichnet von den Eltesten der griechischen Gemeinden in Philippopol und Stenimaka, von den Verwaltern der Schulen und Syllogen und von 12 verschiedenen Korporationen beider Städte. Ihr Inhalt ist zugleich als Charakteristik der in Ost-Rumeliens herrschenden Zustände von allgemeinem Interesse. Der Eingang ergeht sich in Klagen, daß die Beschwerden der griechischen Bevölkerung über Verlegerungen des organischen Statuts bisher resultlos gewesen. Neue Hoffnungen werden an den Zusammentritt der europäischen Kommission geknüpft. Dieselbe sei bei den Beamten-Ernenungen nach Maßgabe des numerischen Verhältnisses der Nationalitäten vorgegangen und habe die Rechte der Minoritäten gewahrt. Alle diese Verordnungen aber hätten sich angeichts der Exklusivität der in der Mehrzahl vertretenen Race nicht bewährt, da diese die Verwaltung des Landes gänzlich für sich in Anspruch genommen und das organische Statut durch ungesehliche Mittel mehrfach verletzt habe. Ganz abgesehen von häufigen, allgemein bekannten Bedrückungen und Erpressungen, widerrechtlichen Aneignungen von Gütern, Plünderungen von Dörfern, Brandlegungen und Morden, beschränkt sich die Petition auf die Anführung nachstehender Verlegerungen des organischen Statuts. Entgegen den Bestimmungen der Art. 21 und 24 desselben befinden sich alle Beamtenstellen in den Händen von Bulgaren, deren Mehrzahl den geheimen Komités angehörend, die Griechen verfolgt. So sind die Direktoren, Präfekten, Amtsverwalter (Baillis), Richter, die Polizei, die Offiziere und Soldaten, kurz alle Funktionäre, mit geringfügigen Ausnahmen durchweg Bulgaren, unter deren Feindseligkeit gegen die griechische Nationalität die allgemeine Gleichheit vor dem Gesetz leidet. Daher kommt es daß die Wählerlisten gefälscht und die dagegen erhobenen berechtigten Beschwerden nicht berücksichtigt werden. Beklagt man sich über die Beeinflussung der Wahlen durch die Behörden, so findet man kein Gehör und erzielen die Griechen in einem Wahlbezirk dank ihrer numerischen Überlegenheit ein günstiges Resultat, so werden diese Wahlen ohne irgend einen triftigen Grund annulliert. Solche Beispiele von Ungerechtigkeiten weisen die Wahlen in Philippopol, Stenimak, Kavach und Burgas auf. Obzwar der Artikel 22 des Statuts den Gebrauch des Griechischen als einer der offiziellen Landessprachen vorschreibt, wurde der selbe doch sofort bei dem Eintritt des General-Gouverneurs u. z. in Gegenwart der Kommission-Mitglieder verletzt, indem die betreffende Firman nur in den beiden anderen Landessprachen verlesen wurde. Seither wurde dies Recht sowohl in der Provinzial-Versammlung, wo die Gesetzesvorlagen nur bulgarisch eingeführt wurden, als in dem täglichen Verkehre der Parteien mit den Untermanen verletzt. Die amtliche Korrespondenz mit den Bezirks- und Gemeinde-Behörden wird nicht, wie bestimmt, in der Sprache der Ortsmehrheit geführt und verbieten die Oberbeamten ihren Untergebenen den Gebrauch des griechischen Idioms. Wer dasselbe vor Gericht gebraucht, zieht sich im vorhinein den Haß des Richters zu und kann seine Sache für verloren geben. Im Widerspruch zum Artikel 110 wurde die Distrikts-Eintheilung der Provinz in der Weise vorgenommen, daß die griechische und türkische Bevölkerung durch Zerstückelung möglichst neutralisiert und ihr Übergewicht lähmgelegt wird. Nach dem organischen Statute fallen die Lasten für Volks- und Mittelschulen ausschließlich den religiösen Gemeinden zu; trotzdem hat die Provinzial-Versammlung das Landesbudget bereits durch zwei Jahre mit einer Million Francs für sogenannte Provinzschulen, eigentlich rein bulgarische Institute, belastet, während für griechische Schulen die geringe Summe von 350 türkischen Livres ausgesetzt wurde. Die Gendarmerie ist dem Artikel 477 zuwider ausgeschließlich aus Bulgaren zusammengesetzt. Von großem Nachtheile ist das fast ausschließlich Vorherrschen des bulgarischen Elements in den Gerichtshöfen. Die Richter, denen alle Rechtskenntnisse fehlen, gehören zumeist den geheimen Komités an, welche die Vernichtung jeder anderen als der bulgarischen Nationalität anstreben und daher den Griechen gegenüber von Parteilichkeit erfüllt sind. (Was durch Beispiele belegt wird.)

Es ist allgemein bekannt, daß durch eine Proklamation der geheimen Komités, die fast ausschließlich den Regierungskreisen angehören, die Bulgaren aufgefordert wurden, bei Strafe der Exkommunikation alle Beziehungen mit den Griechen abzubrechen, auf griechischen Grundstücken nicht zu arbeiten, mit einem Worte, einen unversöhnlichen Haß gegen sie zu hegen, worunter der Han-

del der letzteren sehr leidet. — Die griechischen Kaufleute werden allenfalls misshandelt und schließen ihre Läden. Erst kürzlich wurden in Otloukei zwei griechische Kaufleute massakriert. — Die Criftanz des griechischen Elements in Ost-Rumeliens ist sonach problematisch geworden, weshalb dieser neue Appell an die Mächte um deren Schutz gerichtet wird.

Der aus 250 Abgeordneten bestehende, in Prizren am 21. d. zusammengetretene albanisch-national-Rath beschloß, der "Wiener Presse" zufolge, in der montenegrinischen sowie in der griechischen Angelegenheit ein Memorandum an die Mächte zu richten, in welchem der Schutz der Mächte gegen Verlegerungen der nationalen Rechte Albaniens angerufen werden soll.

### St. C. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel im Juni 1880.

Der beste Beweis, daß wir vor einer ungenügenden Ernte stehen, ist, daß auch im Juni, dem Monat vor der Ernte, die Preise der wichtigsten menschlichen vegetabilischen Nahrungsmittel noch immer ansehnlich in die Höhe gegangen sind. Die Fleischpreise sind gleichfalls, jedoch in einem langsameren Steigen. Nur allein die Butter ist nicht nur nicht gestiegen, sondern erheblich wohlheiser geworden. Unsere nächste Preismitteilung wird sich zugleich über den Preisverlauf im ganzen Erntejahre 1879/80 erstrecken, der bekanntlich mit August anfängt und mit Juli schließt. Im Monat Juni 1880 betrugen die Mittelpreise

	Weizen	Roggen	Gerste	Häfer	Erbse	Speisbohnen	Linsen	Kartoffeln	Stroh	Heu	für 100 Kilogramm
	Weizen	Roggen	Gerste	Häfer	Erbse	Speisbohnen	Linsen	Kartoffeln	Stroh	Heu	für 1 Kilogramm
	Weizemehl	Roggemehl	Nr. 1	Nr. 1	Javareis	mittler Javakaffee	gelber Javakaffee (in gr. Bohnen)	für 1 Kilogramm	für 1 Kilogramm	für 1 Kilogramm	für 1 Kilogramm
Ölfreien	223	178	150	151	178	359	600	691	331	44	243
Ölfreie	209	183	159	164	167	288	598	63	43	51	37
Bamberg	221	201	178	174	257	325	404	67	50	58	29
Sommer	222	195	164	183	347	421	591	52	105	113	66
Winter	222	160	166	182	250	427	548	48	119	121	256
Wettbewerben	218	194	167	172	222	286	416	57	31	42	34
Wettbewerben	205	182	163	163	263	357	372	64	22	28	31
Wettbewerben	226	187	169	166	226	359	476	117	53	65	349
Wettbewerben	226	197	177	159	235	342	365	46	124	122	272
Wettbewerben	234	203	184	165	237	300	379	90	120	117	355
Wettbewerben	250	215	185	178	281	311	388	76	121	117	322
Wettbewerben	248	210	199	170	297	316	405	89	129	121	312
Wettbewerben	228	199	175	165	242	310	416	73	121	115	302
Wettbewerben	221	183	170	157	240	308	413	64	122	119	291
Wettbewerben	170	179	150	154	238	305	411	68	114	112	280
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	270
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	269
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	268
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	268
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	268
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40	122	119	268
Wettbewerben	170	179	150	149	268	334	409	40			



